



Die Heimatbühne – eine unendliche Geschichte mit offenem Ausgang

Seit Beginn des Jahrtausends ist es aktenkundig: bei der Kocheler Heimatbühne besteht Sanierungsbedarf. Irgendwie haben es die Verantwortlichen wohl gehaut: das wird teuer - deshalb lieber nichts anfassen! Mal hier eine Reparatur, mal dort ein bisschen Kosmetik, noch im vergangenen Jahr eine Klimaanlage gegen die unerträglichen Sommertemperaturen im Kino für lockere 6.000 Euro.

In den Haushalten spätestens der Jahre ab 2020 wurden 50.000 Euro für Planungskosten eingestellt, im Juli 2023 sogar ein Auftrag für 80.000 Euro beschlossen. Geschehen in dieser Richtung ist: nichts.

Doch wie es der Zufall will: ausgerechnet ein paar Tage nach der Amtsübernahme des neuen Bürgermeisters Müller fällt dem Landratsamt überraschend auf, dass der Brandschutz nicht mehr den gesetzlichen Bestimmungen genügt. Das Gebäude wird sofort geschlossen: Gaststätte, Saal, Kino. Es stellt sich heraus: völlig übertrieben! Das Landratsamt muss in seinem sicherlich von keinerlei parteipolitischen Motiven getriebenem Wegschauen und plötzlichem Vorpreschen heftig zurückrudern. Nach ein paar Tagen darf wieder geöffnet werden: Saal mit bis zu 200 Personen, Kino und Restaurant sowieso.

Tatsache bleibt: es muss etwas geschehen, bei der energetischen Sanierung, bei Heizung und Klimatisierung, bei Elektrik und sanitären Einrichtungen, bei einer zeitgemäßen Optik und Ausstattung. Der „Rote Schmied“ hat-



Sichtlich in die Jahre gekommen – die Kocheler Heimatbühne Foto SPD Kochel

te in seinen beiden ersten Ausgaben bereits darauf hingewiesen.

Im vergangenen Sommer schien sich sogar eine Chance aufzutun, unsere Finanzen zu schonen: die Bundesregierung hatte ein Investitionsprogramm von knapp einer halben Milliarde Euro für die Sanierung solcher kommunalen Gebäude aufgelegt. Dafür hätte die Gemeinde bis Mitte September 2023 eine Grobplanung und einen Antrag vorlegen müssen. SPD-Gemeinderat Klaus Barthel hatte genau das in einem Schreiben (9. Juli) an den Bürgermeister und alle Gemeinderäte vorgeschlagen.

Warum hat die Gemeindespitze diese Initiative nicht aufgegriffen, selbst als die Presse über das Thema berichtet hatte? Heute stehen wir hier vor

einem schweren Erbe: mehrere Besichtigungen fanden statt, und die Meinungen über den Umfang der Sanierung gehen auch im Gemeinderat noch auseinander. Klar ist nur: es wird nicht gerade billig, und der Gemeindehaushalt kann deshalb erst mit Verzögerung vorgelegt werden.

Wie geht es weiter? Sicher scheint momentan, dass es keinen Abriss geben soll. Welche Vorstellungen mit welchen Kosten zu welchem Zeitpunkt sich durchsetzen, hängt am Ende von der Entscheidung des Gemeinderats ab. Wir sind aber gut beraten, die Meinungen der Bürger und Bürgerinnen anzuhören und in unsere Entscheidung einzubeziehen - auch eine Option für den neuen Stil im Rathaus.

Wie weiter mit dem Verstärkeramt-Gelände?

In unserer Berichterstattung zum Gemeindehaushalt haben wir es mehrfach angesprochen, was heute die Spatzen von den Dächern pfeifen: die ursprüngliche Planung für das Gelände des ehemaligen Verstärkeramtes mit Bauhof, Musik- und Jugendräumen, Obdachlosenunterkunft und Wohnungen ist aus verschiedenen Gründen kaum noch haltbar.

Was nun, vor allem, um die Kosten zu senken? Andere Standorte für Musik und Jugend seien in Sicht, so heißt es. Weniger Wohnungen? Gar keine Wohnungen und nur Bauhof?

Wir sagen: Kochel braucht auf jeden Fall neue, bezahlbare Wohnungen. Damit wurde das Projekt schmackhaft gemacht und dafür gibt es zudem staatliche Förderung.

Selbst wenn es nochmal Zeit kostet: für den Bauhof müssen ebenso Alternativen geprüft werden, und zwar jetzt sofort. Wer für diese erneuten Verzögerungen Schuldige sucht, muss fragen, warum man nicht längst die



Fries vom alten Verstärkeramt Foto SPD Kochel

Planungen vorangetrieben und verschiedene finanzierbare Varianten vorgelegt hat. Mit dem Abriss ging es jedenfalls sehr schnell.

Auch hier gilt: jetzt muss das Eisen neu geschmiedet werden, solange es heiß ist.

E d i t o r i a l

Chance für Kochel – nutzen wir sie!

Die Bürgermeister-Wahl ist gerade mal ein Vierteljahr her, aber vieles ist schon jetzt anders. Begonnen hatte der neue Ton schon in der Übergangsphase mit dem zweiten Bürgermeister Thomas Eberl. Mit Jens Müller hat sich nicht nur der Umgang geändert. Es wird miteinander geredet, zugehört und auch schon gehandelt - und das nicht nur im Gemeinderat, sondern auch gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern.

Erste Altlasten wie der „Krisenaus-schuss“ und Flake sind abgeräumt, anderes wie der Tageskurbeitrag, die Aufgabenverteilung im Gemeinderat und ein realistischer Haushalt, ist in Arbeit. Wir haben das angesichts der vielen aufgestauten Probleme dringend nötig. Der Fall Heimatbühne ist nur ein Beispiel dafür. Weitere Stichworte sind Kanalisation, Kläranlage, Verstärkeramt, bezahlbarer Wohn-



Frischer Wind im Rat? Foto SPD Kochel

raum, Jugendarbeit... die Liste der teuren, aber zwingend notwendigen Projekte ist lang. Die angekündigten Großprojekte wie Einsiedl, verdi-Gelände und Wohnmobilstellplatz fordern Aufmerksamkeit und Begleitung. Überall ist endlich Bewegung in Sicht.

Einfach wird das alles nicht. Auch unterschiedliche Interessen und Meinungen verschwinden nicht einfach.

Sie gehören zum Leben. Und die Vergangenheit wird uns immer wieder einholen.

Zu schaffen sein wird ein echter Neuanfang im offenen und öffentlichen Dialog zwischen Verwaltung, Gemeinderat und vor allem mit Ihnen, den Bürgerinnen und Bürgern unserer Gemeinde. Wir haben eine Chance, nutzen wir sie!

I m p r e s s u m

Herausgeber: SPD-Ortsverein Kochel am See.

Verantwortlich: Angelica Dullinger, Alte Straße 24, Kochel am See, Redaktion: Angelica Dullinger, Bernhard Schüle

Grafik und Layout: Hans Gärtner

Druck: Die-Umweltdruckerei.de

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der Verfasser:in wieder, nicht des Herausgebers.

Europa: die meisten sind dafür – wir müssen aber auch Verantwortung übernehmen!

Seit ihrer Gründung hat die Europäische Union (EU) viel erreicht. Das bestreitet heute kaum noch jemand, außer denen, die sie auflösen wollen. Relativ offene Grenzen, Schonung der Geldbeutel durch die Abschaffung der Roaming-Gebühren, Deckelung von Gebühren beim Zahlen mit Kredit- oder Bankkarte, Sicherheit bei Lebensmitteln, Spielzeug oder Kosmetika (Richtlinie 2001/95/EG), durch Regeln für Entschädigungen für Verspätungen oder Stornierungen bei Reisen per Bus, Bahn oder Flugzeug. Wasser, Luft, Gebäude und Produkte sind in den vergangenen Jahren sauberer geworden - wir nehmen das als selbstverständlich hin.

Alles das kann man auf nationaler Ebene nicht sinnvoll regeln, genauso wenig wie einen gemeinsamen Agrarmarkt, in den viel Geld fließt, gerade in unserer Region. Ländliche Räume werden gefördert, wie zum Beispiel Kochel mit der kräftigen Finanzspritze durch „Leader“ für den Neubau des Gebäudes von Berg- und Wasserwacht.

Es ist ein beliebtes Spiel einiger Politiker geworden, europäische Gelder für sich zu reklamieren, und gleichzeitig alle unangenehmen Themen in Brüssel abzuladen.

Das zeigt auch die komplizierte Auseinandersetzung um Bürokratie, Migration, Daten- und Klimaschutz. Wer so tut, als ob die Erderwärmung und die Datenkraken an unseren Grenzen gestoppt werden könnten und dass jede Kommune oder jeder Staat Zuwanderung zulasten der Anderen regeln könnte, ist nicht von dieser Welt. Kompromisse dauern lange und sind schwierig, aber ohne sie geht es nicht vorwärts.

Mächtige Lobbies setzen zusammen mit dem Freistaat Bayern und einzelnen Mitgliedsstaaten in den Gesetzgebungsverfahren ständig neue Ausnahmen und Sonderregelungen durch. Sie erlassen komplizierte Durchführungsbestimmungen und brauchen anschließend nicht mit

dem Finger nach Brüssel zeigen. So könnte die vielgescholtene Bürokratie dadurch abgebaut werden, dass bei Steuer-, Sozial- und Arbeitsgesetzen das Einstimmigkeitsprinzip überwunden wird. Dann müsste viel weniger auf einzelne Sonderinteressen Rücksicht genommen werden.

Damit sind wir an einem zentralen Punkt: die EU muss die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Steuerermeidung großer Konzerne und Vermögen ein Ende hat. Kein Handwerksbetrieb, keine Lohnempfängerin kann ihr Einkommen in Irland mit 12% (wenn überhaupt) versteuern lassen. Konzerne und Millionäre können das. Betriebe in Deutschland müssen deutsche Arbeitsrechte anwenden, bulgarische und litauische Speditionen

zahlen Löhne, die jeder Beschreibung spotten, auch wenn ihre Fahrer auf deutschen Straßen unterwegs sind. Kurz gesagt: Europa muss gerechter werden.

Bei der Wahl am 9. Juni 2024 droht eine Mehrheit aus konservativen und nationalistischen Kräften zu entstehen. Gerade haben die Unionsparteien die Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten, Grünen und Liberalen aufgekündigt. Mehrheiten bekämen sie im neuen Parlament nur noch mit den Orbans, Melonis und LePens. Also müssen wir alle dafür sorgen, dass im nächsten Europäischen Parlament die demokratischen Kräfte weiter zusammenarbeiten, anstatt dass eine absolute Mehrheit rechts der Mitte entsteht.

Europa muss sozialer werden, wenn es erfolgreich bleiben will:

- + Die Handelspolitik muss unsere Arbeitsplätze vor Sozial- und Umweltdumping schützen**
- + gemeinsame Regeln auf dem Arbeitsmarkt auch innerhalb der EU: keine Ausbeutung, kein Lohn- und Sozialdumping durch Betriebsverlagerungen sowie auf Baustellen, Feldern und in Lkws**
- + keine Gelder, Aufträge und Subventionen aus EU-Töpfen ohne Standortgarantien und Tarifbindung in allen Mitgliedstaaten**
- + gerechtere Unternehmensbesteuerung statt Steueroasen**
- + mehr Demokratie: von der Stärkung des Europäischen Parlamentes bis zur Mitbestimmung in Unternehmen.**

Am 9. Juni 24:



SPD

Kocheler Gebäude im magischen Licht

Während der Corona-Krise, als viele Branchen nicht arbeiten durften, hat die davon ebenfalls betroffene Benediktbeurer SN Veranstaltungsagentur mit ihrer Lichttechnik mehrfach markante Gebäude oder Technik-Denkmäler im Umland stimmungsvoll farbig beleuchtet und davon eine Vielzahl von Fotos gefertigt.

Darunter war auch z. B. die architektonisch besonders interessante evangelische Kirche in Kochel und das historische Schlössel der Vollmar-Akademie auf dem Aspenstein.

Zitat von Jürgen Schermukschnis, Inhaber der SN-Veranstaltungs-Agentur:

„Wir haben die Zeit in der wir wegen Corona praktisch Berufsverbot hatten genutzt, um unentgeltlich diverse markante Gebäude oder Denkmäler in magisches Licht zu tauchen und davon Fotos zu fertigen. Darunter auch die hübsche evangelische Kirche und die Vollmar-Akademie in Kochel.“

Für die Vollmar-Akademie haben Sponsoren auch verschiedene Ansichtskarten mit diesen Motiven gefertigt. Diese Karten sind am Empfang der Akademie erhältlich.



Übergabe der gespendeten Karten an die Leitung der Vollmar-Akademie: von links: Angelica Dullinger, Julia Davis, Bernhard Schüle
Foto SPD Kochel



Die hübsche evangelische Kirche in Kochel in mystischem Licht

Foto: Jürgen Schermukschnis

WANTED

Fachkräfte dringend gesucht!

Alle Welt ruft nach dem Ehrenamt, wir alle brauchen es - aber wer geht noch hin?

Die bayerische Verfassung sieht es als allgemeine Pflicht, sich ehrenamtlich zu engagieren. Die meisten Menschen denken hier zuerst an Feuerwehr, Sport- und Trachtenverein. Klar, brauchen wir.

Aber auch die vielgescholtene Politik findet zum allergrößten Teil ehrenamtlich statt. Vor allem bei uns auf der kommunalen Ebene.

Viele machen sich heute Sorgen um die Demokratie. Viele demonstrieren für die Demokratie und gegen Hetze und Spaltung. Aber reicht das auf die Dauer?

Wir suchen deshalb Fachkräfte für soziale Demokratie.

Menschen, die etwas vorwärts bewegen wollen. Menschen, die es sich nicht leicht machen und die sich nicht auf andere verlassen wollen.

Wir bieten: gemeinsames Arbeiten für unsere Zukunft, miteinander reden und entscheiden, keine privaten Vorteile, freie Auswahl in der Form des Einsatzes: von einfacher Mitgliedschaft über regelmäßige Teilnahme bis zur Kandidatur für kommunale Ämter.

Demokratie braucht Demokratinnen und Demokraten!

Die Demokratie braucht Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

Sprechen Sie uns an oder schreiben Sie an:

Angelica Dullinger, SPD-Ortsverein Kochel am See, Alte Str. 24,
82431 Kochel am See

Von der Klinik bis zur Daseinsvorsorge

Die Kreis-SPD hat am Aspenstein mit Bundes- und Landtagspolitikern getaggt. Die Themenpalette war groß. U.a. das Krankenhauswesen im Landkreis treibt die SPD um. So wurde mit der Asklepios-Stadtklinik der Erbaurechtsvertrag verlängert bis 2067, aber dafür die Kreisklinik Wolfratshausen in der Schwebe gelassen. Kreisrat Klaus Barthel fordert, dass sich der Landkreis nicht einem Privatkonzern ausliefern darf.

Die vom Bund angestrebte Krankenhausreform darf nicht zu einem massenhaften Sterben von Kliniken auf dem Land beitragen. Der Bundestagsabgeordnete Michael Schrodi ist davon überzeugt, dass Druck aus dem wirtschaftlichen Konkurrenzkampf



Michael Schrodi und Angelica Dullinger Foto SPD Kochel

genommen werden muss. Ohne eine Reform würde es zu massenhaften Insolvenzen kommen.

Ganz wesentlich war das Thema Daseinsvorsorge im ländlichen Raum. Wir brauchen eine funktionierende Infrastruktur – von der Telekommunikation, Energie, über Banken bis hin

zu Kitas und Pflegeeinrichtungen. Benötigt wird auch bei uns ein barrierefreies Mindestangebot an Post- und Bankdiensten.

Uns geht es darum, das Vertrauen der Menschen in den Staat zu stärken, darauf verwies Kreisvorstandsmitglied Bernhard Lorenz. Dafür brauchen wir eine gute finanzielle Ausstattung der Kommunen.

Allerdings – so das Ergebnis einer Überprüfung durch MdB Schrodi – leitet der Freistaat Bundesmittel für den Freistaat sehr langsam und oft unvollständig an die Kommunen weiter. „Für uns als SPD sind jedenfalls die Kommunen nicht das Kellergeschoss, sondern unser Fundament“, sicherte Schrodi als Chef-Finanzpolitiker der SPD im Bundestag zu.

Walchenseekraftwerk – vorerst nicht in öffentlicher Hand

Auch in Zukunft findet die Wertschöpfung der Kraftwerke zwischen Main und Karwendel hier vor unserer Haustür statt, während Entscheidungsgewalt und Profite weiterhin über einen großen Energiekonzern abwandern. So hat jüngst das bayerische Kabinett entschieden. Jetzt wird auf einmal argumentiert, der Staat sei kein geeigneter Unternehmer. Seltsam: der Staat hat das Ding damals bauen lassen und 70 Jahre lang erfolgreich betrieben. Es gab auch in den 90er Jahren außer Ideologie keinen Grund, das zu ändern.

Jeder Liter Wasser, der durch die Rohre des Walchenseekraftwerks fließt, füllt also die Taschen irgendwelcher fernen Manager und Anleger. Den Bürgern, Kommunen und dem Landkreis bleibt der Streit um Restwassermengen und Folgen für Landschaft und Natur - Privatisierung der Gewinne und Sozialisierung des Ärgers.

Führende Politiker der Freien Wähler tun plötzlich so, als habe nie etwas anderes als diese Kapitulation vor dem Konzern zur Debatte gestanden. Auch Ministerpräsident Söder und weite Teile der CSU hatten das vor der Landtagswahl noch anders gesehen.

Das EU-Beihilferecht wäre jedenfalls kein Hindernis. Kein Unternehmen kann gehindert werden, Teile von sich zu verkaufen; keine Kommune, kein Stadtwerk, kein Verbund öffentlicher Unternehmen, kein Staat kann im Energiesektor daran gehindert werden, sie zu kaufen. Beispiele zeigen das, angefangen von all den Gemeinde- und Stadtwerken in Deutschland über die französische EdF, den österreichischen „Verbund“ oder einen kommunalen Zweckverband in der Südtiroler Nachbarschaft. Der große „Rest“ von Uniper hätte problemlos

„an die Kapitalmärkte“ zurückgeführt werden können.

Deshalb werden wir weiterhin nach Wegen suchen, möglichst viel von den Entscheidungen und der Wertschöpfung der Kraftwerke hier in der Region zu halten. Die Feierlichkeiten zur 100-jährigen Inbetriebnahme des seinerzeit staatlichen Walchenseekraftwerks bieten genug Anlass und Gelegenheit dazu.

Unser Ziel ist, dass die öffentliche Hand mit öffentlichen Unternehmen Investitionen ermöglicht und die regionale Wirtschaft dauerhaft stärkt.



Einsatz für Wasserkraft in Bürgerhand: SPD Landtagskandidat Benedikt Höchner und Angelica Dullinger Foto SPD Kochel

Warum ausgerechnet Kochel?

Und wie Holland mal zu Bayern gehörte

■ Der Weg nach Kochel

Manchmal werde ich gefragt, wie ich als Niederländer nach Kochel gefunden habe.

Nicht ganz per Zufall und auch nicht als wirtschafts- oder politischer Flüchtling, sondern eher durch Faszination von der bezaubernden Landschaft.

Nachdem ich als NATO-Soldat sechs Jahre lang Deutschland nicht am afghanischen Hindukusch, sondern am geschichtsträchtigen Teutoburger Wald (Hermann der Cherusker) verteidigt hatte (1968 Überfall der Sowjetunion auf die damalige Tschechoslowakei beim Prager Frühling), zog ich einige Jahre später nach Hamburg.

Weil die Brenner-Autobahn auf der Rückreise von einem Urlaub in Italien voller Staus war, fuhr ich über die alte Brennerstraße, Mittenwald und Kochel nach Hamburg zurück. In Kochel machte ich spätabends einen Zwischenstopp im Hotel Grauer Bär. Morgens bei Anbruch des Tageslichts war ich beeindruckt von der atemberaubenden Landschaft und der idyllischen Lage. Was kann einem Holländer besseres geschehen als sich am Fuße der Berge, gleichzeitig am Wasser und im relativ flachen Land zum Fahrradfahren bis hin nach München zu befinden? Da beflügelte mich sogleich der Wunsch, hier vielleicht mal meinen Lebensabend verbringen zu können.

Jahre später überlegte ich, warum ich mit dem Umzug nach Bayern bis zur Rente warten sollte. Kurzum mietete ich mich für eine Woche wieder im Hotel Grauer Bär ein und fuhr tagelang von Berchtesgaden bis Lindau den Alpenrand ab, um eine geeignete Wohnstätte zu suchen. Das Ergebnis war, dass ich mich schließlich doch für das malerische Zwei-Seenland Kochel-Walchensee entschied und zunächst eine Ferienwohnung in Ort, dann vorübergehend in Kochel mieten konnte, bevor ich dann endgültig nach Schlehdorf umzog, wo ich heute bereits seit 30 Jahre voll zufrieden lebe.



Für Touristen wie für Ansässige eine Kulisse, die immer wieder anziehend ist: Der graue Bär vom See aus Foto SPD Kochel

Jahrelang habe ich im Tölzer Land gearbeitet und auf dem Arbeits- und Heimweg zu jeder Jahreszeit den phantastischen Blick auf das Bergpanorama genossen und tue das noch heute – ich kann mich nicht sattsehen. Es ist mein innigster Wunsch, dass wir dieses herrliche Fleckchen Erde mit einmaliger Natur schützen, für die Nachwelt erhalten und dass es nicht einzelnen Wirtschaftsinteressen, unsinnigen baulichen Maßnahmen oder den Auswirkungen des Klimas zum Opfer fallen wird.

■ Was hält mich sonst noch so in Kochel?

Schon die Natur an sich wäre ein überzeugendes Argument hier zu leben, aber nicht ausschließlich. Das soziale Miteinander, der Zusammenhalt und die gegenseitige Unterstützung, nicht nur, aber auch in Ehrenämtern haben die Kochelsee-Gemeinden zu meiner Heimat gemacht. Ich war nie ein „Vereinsmeier“, dennoch bin ich

mittlerweile in sieben Vereinen Mitglied und habe meinen Platz gefunden.

Mein Wunsch und Bestreben ist es, dass wir als Bürger dieses wunderschönen Landstrichs zwar unterschiedlicher Auffassung über das eine oder andere sein dürfen, aber dann bitte - ohne Rechthaberei, Machtstreben oder Privatinteressen in den Vordergrund zu stellen - immer den konstruktiven und möglichst objektiven Dialog zum Wohlsein Aller suchen sollten. Das solidarische Gemeinschaftsprinzip gewährt uns eine sozial abgesicherte Lebensweise in Zufriedenheit – es gilt dieses Geschenk zu wahren. Dafür leben wir ganz privilegiert in einem demokratischen Sozialstaat*, eine tolerante Staatsform, für die wir von vielen anderen Menschen auf dieser Erde bewundert und wohl auch beneidet werden.

**Weil eine der bayrischen Parteien dem Sozial in ihrem Namen gerecht wird, bin ich Mitglied der SPD in Kochel am See geworden.*

Klimaschutz als Aufgabe der Gemeinde: Kochel braucht einen Wärmeplan

Im Streit um das Wärmeplanungsgesetz („Heizungsgesetz“) ging es zunächst unter: die Bürgerinnen und Bürger stehen bei der Frage, wie sie ihre Wohnung, ihr Haus, ihren Betrieb in Zukunft klimagerecht heizen können, nicht allein. Neben all den Förderprogrammen kann und muss die Gemeinde helfen, nämlich mit der „Kommunalen Wärmeplanung“. Bis Mitte 2028, also spätestens in vier Jahren, muss das Ding auch in Kochel stehen.

Wir sollten schneller Klarheit schaffen und nicht bis zum Schluss warten. Es geht um die Umstellung fossiler Heizsysteme, also bei uns hauptsächlich Öl, auf eine umwelt- und klimaschonende Wärmeversorgung. Dabei muss der Freistaat den Kommunen helfen, bei der Planung und der Finanzierung. Vier Schritte sind zu machen: Bestandsaufnahme, Prüfung der Möglichkeiten (welche geeigneten Wärmequellen gibt es bei uns?), Zielbeschreibung (welche Instrumente wollen wir nutzen und in welchen Gebieten?). Als vierter und letzter Schritt steht dann ein Gemeinderatsbeschluss zum Wärmeplan, aus dem dann die Bürger und Bürgerinnen entnehmen können, ob für sie beispielsweise der Anschluss an ein kommunales Netz oder eine individuelle Lösung wie eine Wärmepumpe günstiger ist.



Hier brauchen wir keine Wärmepumpe Foto SPD Kochel

Beeilen wir uns! Einmal wegen der Planbarkeit für jeden einzelnen Haushalt, aber auch um im Gemeinderat und gemeinsam mit den Betroffenen gründlich beraten zu können.

Nicht zuletzt erfordert das effiziente Planung und Koordination: wenn beispielsweise ohnehin der Kanal instandgesetzt werden muss (was ja in Teilen der Gemeinde längst ansteht), oder wenn ohnehin Glasfaser verlegt oder Straßen ausgebessert werden müssen, dann ergibt es absolut Sinn, das beim kommunalen Wärmenetz in den entsprechenden Gebieten gleich mit zu berücksichtigen.



trimini: großes Potential für gemeinsame Energienutzung Foto SPD Kochel

Der Wald ist doch kein Wertstoffhof

Nach Art. 110 Abs. 2 der Bayerischen Verfassung obliegt es dem Staat und den Gemeinden, Schmutz und Schund zu beseitigen. Das sollte uns jedoch nicht daran hindern, unseren Beitrag zu leisten und Abfälle aller Art zu sammeln und an geeigneten Stellen abzugeben. Dies dürfte Waldbesitzer ebenso erfreuen wie Naturfreunde aller Art!



Bauschutt ...



und Betonröhren im Wald, das kann doch nicht sein!

